



# iran-report

Nr. 09/2003

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Chatami: Lage ist äußerst gefährlich / Justizchef Schahrudi warnt Autoren und Verlage / Gesetz gegen Folter erneut verabschiedet / Erklärung der Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat / Rücktrittsgesuch des Ministers für höhere Bildung angenommen, Rektor der Teheraner Universität als Nachfolger nominiert und vom Parlament abgelehnt / Tod der kanadisch-iranischen Journalistin Zahra Kazemi noch unaufgeklärt / Über eine Million Frauen bleiben ohne Ehemann / Wächterrat lehnt Unterzeichnung zweier UN-Konventionen ab / Freitagsprediger: Das Recht der Frau beruht auf Liebe, Treue und Mitgefühl / Erster nationaler Jugendkongress mit 850 NGO's in Teheran

### II. Wirtschaft

Antrag Irans auf Aufnahme in die WTO zum 13. Mal abgelehnt / Telefongebühren drastisch gesenkt / Dicke Luft über Teheran / Irans Fahrzeuge werden internationalen ökologischen Standards angepasst / Hohe Subventionen für Textilindustrie / Staat verliert Kontrolle über Landflucht, Zahl verlassenen Dörfer steigt / Export in EU-Staaten rückläufig / Iran veredelt mittelasiatisches Erdöl / Umfrage zeigt: Arbeitslosigkeit ist größtes Problem / Werbung um ausländische Investoren mit wenig Erfolg

### III. Außenpolitik

USA senden neues TV-Programm für Iran / Israel erwägt Anschlag auf iranische Atomanlagen / Kontamination als Quelle für Uran-Spuren / Revolutionsführer Chamenei weist Forderungen nach Stopp des Atomprogramms zurück / Iran will Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag unterzeichnen / Argentinische Justiz erlässt Haftbefehl gegen iranische Diplomaten / Iran bricht wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Argentinien ab / Iran liefert El-Quaida-Mitglieder an Saudi-Arabien aus / Iraner in Berlin wegen Agententätigkeit angeklagt

*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 10/2003 Anfang Oktober) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im September 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email info@boell.de  
www.boell.de

## I. Innenpolitik

### Chatami: Lage ist äußerst gefährlich

Es herrscht in Iran ein allgemeines Rätselraten darüber, wie das Land sich aus der Ausweglosigkeit, in der es seit geraumer Zeit steckt, retten könnte. Fest steht, dass das herrschende Regime bis auf eine kleine Minderheit von der Bevölkerung abgelehnt wird. Die Hoffnung, die mit der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten entstanden war, ist längst aufgegeben. Es gibt kaum noch jemanden, der an die von oben gesteuerte Reformierung der Islamischen Republik glaubt. Das System des Welayat-e Faghieh, der absoluten Herrschaft der Geistlichkeit, hat auf allen Ebenen versagt. Das eigentliche Problem besteht darin, dass es zu diesem Regime keine Alternative gibt und gleichzeitig der islamische Staat selbst nicht in der Lage ist, einen Ausweg aus der Sackgasse anzubieten. Im Gegenteil, jede Initiative, die von einer Fraktion gestartet wird, stößt auf dem Widerstand der anderen Fraktion. Nach wie vor versperren sich Konservative und Reformen den Weg. Jedes Gesetz, das vom Parlament, in dem die Reformen die Mehrheit haben, verabschiedet wird, jede Initiative der reformwilligen Regierung wird von den Konservativen, namentlich vom Wächterrat zurückgewiesen. Jeder Versuch, die Gesellschaft nach innen und außen zu öffnen, ruft den erbitterten Widerstand der von den Konservativen beherrschten Justiz hervor. Die Repression gegen Kritiker, auch gegen jene aus eigenen Reihen, hält an.

Präsident Chatami bezeichnete die Lage des Landes bei einer gemeinsamen Sitzung des Parlaments und der Regierung als „äußerst gefährlich“. „Unsere Gesellschaft hat sich stark polarisiert“, sagte er. „Die Schwarz-Weiß-Malerei ist eine Katastrophe. Die einzige Rettung unseres Landes besteht darin, dass sich alle Fraktionen mäßigen und sich an die Verfassung halten.“ Der Präsident warf den Konservativen die Blockade des Parlaments vor. „Die Schwächung des Parlaments ist gleichzusetzen mit der Schwächung der demokratischen Ordnung unseres Staates“, sagte Chatami. Die Reformpolitik werde im Augenblick einerseits von

Missgunst, Misstrauen und Verschwörungsgedanken und andererseits von der Unfähigkeit, neue Gedanken und Werte zu begreifen, zerrieben. Das Ergebnis sei eine bittere Resignation, die sich vor allem unter Jugendlichen bereitmache. „Diese Jugendliche richten ihre Hoffnung auf das Ausland. Darüber dürfte sich niemand freuen.“

Es ist kaum zu erwarten, dass solche Appelle die konservativen Islamisten beeindrucken werden. Im Gegenteil, alle Anzeichen deuten darauf, dass sie alle Hebel in Bewegung setzen werden, um ihre absolute Macht zurück zu gewinnen. Dazu gehört die Rückeroberung des Parlaments, das nächstes Jahr im Februar neu gewählt werden soll. Die ersten Vorbereitungen haben sie bereits getroffen. Der Wächterrat hat, wie erwartet, das neue vom Parlament verabschiedete Wahlgesetz, das gewisse Einschränkungen der Befugnisse des Wächterrats vorsah, abgelehnt. Der Rat ging noch einen Schritt weiter und eröffnete in allen Teilen des Landes eigene Büros, die die Kandidaten, die sich um einen Sitz im Parlament bewerben, einer Gesinnungsprüfung unterziehen sollen. Das Innenministerium erklärte diese Initiative für verfassungswidrig, was neue Konflikte zwischen Konservativen und Reformern entfachte.

Eine Rettung aus diesen chaotischen Verhältnissen ist nicht in Sicht. Der Druck von außen, die Attacken aus den USA, auch die mit Nachdruck vorgetragenen Forderungen der EU können Iran im besten Fall zu Konzessionen in der Außenpolitik zwingen, für die Innenpolitik werden sie kaum Lösungen bringen können. Seit Jahren appelliert Chatami an das Volk, Geduld aufzubringen. Doch wie er selbst nun feststellen muss, ist das Fass, vor allem bei der iranischen Jugend, längst übergelaufen. Wohin dieser Zustand führen wird, vermag niemand zu sagen.

### Justizchefs Schahrudi warnt Autoren und Verlage

Justizchef Ayatollah Haschemi Schahrudi hat während seiner Rede am 18. August vor einer Versammlung von Autoren und Verlegern der Stadt Ghom erklärt,

er habe festgestellt, dass Verleger und Autoren den von der Islamischen Republik festgesetzten kulturellen Rahmen oft überschreiten würden. Daher habe er die zuständigen Behörden „angewiesen“, „diesem Missstand“ entgegenzuwirken.

In der Stadt Ghom, die als Zentrum des schiitischen Glaubens gilt, werden zu meist theologische Bücher verlegt. Schahrudi sagte: „In jedem Land gibt es für Autoren und Verlage Rahmenbedingungen und rote Linien, die eingehalten werden müssen. Selbst in der Demokratie gibt es festgesetzte Grenzen. Wenn man diese Grenzen überschreitet, entsteht Chaos. In Staaten, die sich demokratisch nennen, darf sich niemand gegen die Demokratie äußern. Jede Missachtung dieses Grundsatzes wird schwer bestraft. Auch für die Presse gibt es in diesen Ländern strenge Gesetze, die beachtet werden müssen.“

Schahrudi warf Autoren, Verlegern und Journalisten Aktivitäten gegen die Interessen der Islamischen Republik vor. „Gerade jetzt, wo die Errungenschaften der islamischen Revolution in andere islamische Staaten exportiert werden, versuchen einige Autoren, Verleger und Journalisten unter dem Einfluss ausländischer Feinde unser Land zu unterwandern und zu schwächen.“, sagte der Justizchef.

Wenige Tage vor der Rede Schahrudis wurden mehrere Personen im Zusammenhang mit zwei Neuveröffentlichungen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Bei den beiden Büchern handelt sich um „Frauen hinter dem Vorhang und Männer in Kettenhemden“ und „Frauen der iranischen Musik“. Die Autorin von „Frauen der iranischen Musik“, Toka Maleki, die Journalisten Banafscheh Sam Gis, die die beiden Bücher rezensiert hat und der Verleger Djafar Hama-i wurden mit jeweils einem Jahr Gefängnis bestraft. Malih-e Moghzeh-i, die Übersetzerin von „Frauen hinter dem Vorhang ...“ wurde zu achtzehn Monaten verurteilt. Madjid Sajjadi, ein Amtsleiter im Kultusministerium, der die Erlaubnis zur Veröffentlichung der beiden Bücher erteilt hatte, wurde von seinem Amt suspendiert und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Justiz vertritt die Auffassung, dass selbst Autoren und Verleger, die die Erlaubnis zur Veröffentlichung erhalten haben, nachträglich für die veröffentlichten Texte bestraft werden können.

Die Äußerungen des Justizchefs werden in Iran als Beginn einer neuen Repressionswelle gegen Autoren und Verleger gedeutet. Der Verleger Hama-i sagte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ISNA, eigentlich sei die Zensurbehörde im Kultusministerium überflüssig. „Da sitzen ein paar Leute in einem Zimmer, machen sich Notizen und sagen, geh und streiche dies und jenes heraus. Am Ende hat man es doch mit der Justiz zu tun.“ Der Leiter des renomierten Ghoghnus-Verlags, Amit Hossein Zadegan, meinte, die Urteile werden die Zensurbehörde sicherlich stark beeinflussen. In Zukunft werde jeder Zensor lange überlegen, ehe er die Erlaubnis für eine Veröffentlichung erteilt.

#### **Gesetz gegen Folter neu verabschiedet**

Das Parlament hat am 17. August ein Gesetz gegen Folter verabschiedet. Dieses Gesetz war bereits am 15. Dezember vorigen Jahres verabschiedet, jedoch vom Wächterrat abgelehnt worden. Der Rat hatte die Meinung vertreten, das Gesetz sei mit den Grundsätzen der islamischen Rechtssprechung unvereinbar.

Artikel 38 der Verfassung der Islamischen Republik lehnt jede Art von Folter ab. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz, das nun nach gewissen Änderungen abermals verabschiedet wurde, soll zur Konkretisierung dieses Artikels dienen.

Artikel 1 des Gesetzes verbietet jede physische und psychische Gewaltanwendung bei Verhören oder Urteilsvollstreckungen. Künftig soll jegliche Missachtung dieses Grundsatzes strafbar sein. Bekanntlich werden Häftlinge in iranischen Gefängnissen stark gefoltert. Zahlreiche prominente Gefangene haben in den letzten Jahren von Folterungen, denen sie während ihrer Haft ausgesetzt waren, berichtet.

Artikel 2 des Gesetzes richtet sich gegen Einzel- und Isolationshaft. Richter, die eine solche Strafe anordnen, sollen selbst bestraft werden. Jeder Tag in Einzelhaft soll als zehn Tage Gefängnis berechnet werden. Dem neuen Gesetz nach soll dies auch rückwirkend für Gefangene gelten, die in Einzelhaft waren. Sollte das Gesetz tatsächlich in Kraft treten, würden viele politische Häftlinge, die länge-

re Zeit in Einzelhaft verbracht haben, sofort frei gelassen werden.

Das neue Gesetz sieht auch die Bildung einer fünfköpfigen Kommission aus Mitgliedern des Rechtsausschusses vor. Die Kommissionsmitglieder sollen das Recht erhalten, einzeln oder gemeinsam Gefängnisse und Gefangene zu besuchen. Sollten sie bei ihrem Besuch feststellen, dass Gefangene gefoltert worden sind, müssen sie dies unverzüglich dem Staatspräsidenten, dem Parlament und der Justiz melden.

Trotz dieser positiven Aspekte lässt die Neufassung des Gesetzes nach Meinung der Juristen manche Fragen offen, so dass auch mit diesem Gesetz die Möglichkeit der Gewaltanwendung gegen Gefangene nicht ganz ausgeschlossen sein wird. Der Abgeordnete Mohsen Armin, der zu den führenden Köpfen der Reformbewegung zählt, meinte, die Korrekturen, die der Wächterrat erzwungen habe, ließen für die Folter alle Türen offen. Dieser Kompromiss sei „ein Schandfleck“ für das Reformparlament.

Es ist allerdings fraglich, ob der Wächterrat die korrigierte Fassung akzeptieren wird. Wie schon oft könnte der Rat ein Gesetz ein weiteres Mal ablehnen.

#### **Erklärung der Studentenorganisation Tahkim-e Wahdat**

Die Verhaftung zahlreicher Studenten im Zusammenhang mit den Unruhen in den Monaten Juni und Juli und der Umstand, dass einige führende Mitglieder der größten Studentenorganisation des Landes, Tahkim-e Wahdat, gezwungen wurden, vor Videokameras Geständnisse abzulegen, hat die Organisation zu einer öffentlichen Stellungnahme veranlasst. Die Videofilme wurden vom staatlichen Fernsehen ausgestrahlt. Darin äußerten sich sieben führende Mitglieder der Organisation zu den Punkten der Anklage gegen sie, bekannten sich schuldig und legten Reuebekenntnisse ab. Sie gestanden, dass die Studentenbewegung auf Abwege geraten und dem Radikalismus verfallen sei. Das Vorstandsmitglied Abdollah Momeni versuchte zwar die Position seiner Organisation zu verteidigen, erklärte jedoch, dass er seine politischen Aktivitäten nicht fortsetzen werde.

In der Erklärung stellen die Unterzeichner fest, dass die berechtigten

Proteste der Studenten, die durch den Überfall von „Vandalen“ auf ein Studentenheim zu landesweiten Unruhen geführt hatten, den Herrschern einen Vorwand geliefert haben, den Rest des Widerstands gegen die Willkürherrschaft niederzuschlagen. Nicht nur führende Studentenvertreter seien verhaftet worden; die Repression habe sich auf die gesamte kritische Presse ebenso wie auf Aktivisten der Opposition ausgeweitet. Die Festnahmen seien beispiellos: sowohl im Hinblick darauf, dass die Studenten mit Waffen bedroht und zusammengeschlagen wurden und man dabei in einigen Fällen sogar Gaspistolen verwendet hat als auch darauf, dass der gesamte Zentralrat von Tahkim-e Wahdat sowie weitere 50 Mitglieder in Haft genommen wurden. Ziel dieser Festnahmen sei nicht die Ermittlung der tatsächlichen Vorgänge gewesen. Die brutalen Repressionen sollen vielmehr die Kritiker endgültig zum Schweigen bringen.

„Es sieht so aus“, schreiben die Unterzeichner, „als hätten sich die Machthaber dazu entschlossen, ihren Weg in den Abgrund zu beschleunigen.“ Sie seien offensichtlich nicht dazu fähig, aus der Geschichte und dem Schicksal von Diktaturen die richtigen Lehren zu ziehen. Sie missachteten die Vernunft, die besagt, dass jede Macht, die sich Reformen versperrt und den Willen des Volkes missachtet, zwangsläufig dasselbe Schicksal erleiden wird, wie alle Diktaturen in der Geschichte.

Ziel der Machthaber, die die studentischen Häftlinge zu falschen Aussagen gezwungen haben, sei nichts anderes gewesen als die Diskreditierung der Studentenbewegung. Doch sie sollten wissen, dass sie mit diesen Methoden bei der Bevölkerung nur Spott ernten können. Die Studenten versichern, dass sie sich durch solche Repressalien nicht einschüchtern lassen werden. Die Studentenbewegung sei ein Produkt der gesamten Gesellschaft und nicht das Werk einzelner Studenten.

Zum Schluss fordern die Studenten die Freilassung aller inhaftierten Kommilitonen. „Wir werden ausharren, bis die Mauern der Unterdrückung und Ungerechtigkeit, die den hellen Tag in unserem Land in finstere Nacht verwandelt haben, durch einen kräftigen Stoß herabstürzen.“

**Rücktrittsgesuch des Ministers für höhere Bildung angenommen - Noch kein Nachfolger**

Staatspräsident Chatami hat das (bereits Ende Juli eingereichte) Rücktrittsgesuch des Ministers für höhere Bildung, Mostafa Moin, nach langem Zögern angenommen. Wie IRNA berichtet, schrieb Moin, er könne es nicht länger ertragen, in einer ungesunden und angespannten politischen Atmosphäre, in der Meinungen von oben diktiert würden, zu arbeiten. Er kritisierte die staatliche Kontrolle der Universitäten und den Umgang mit Studenten. Moin galt als eines der fortschrittlichsten Mitglieder der Chatami-Regierung.

Gleichzeitig mit der Annahme des Rücktrittsgesuchs von Moin nominierte Chatami den Rektor der Universität Teheran, Reza Faradji Dana, zum neuen Minister für höhere Bildung. Faradji Dana ist 43 Jahre alt. Er ist Elektroingenieur. Sein Studium schloss er in Teheran ab und promovierte anschließend in Kanada. Vor einem Jahr wurde er zum Rektor der Universität Teheran gewählt.

Nach letzten Meldungen hat das Parlament die Ernennung von Faradji Dana abgelehnt. 127 der 220 anwesenden Abgeordneten stimmten gegen ihn. Die Ablehnung kam überraschend. Es war nicht damit zu rechnen, dass ein Vertrauter Chatamis von den Reformern, die im Parlament die Mehrheit stellen, abgelehnt werden wird.

**Tod der kanadisch-iranischen Journalistin Zahra Kazemi noch unaufgeklärt**

Der Tod der kanadisch-iranischen Journalistin Zahra Kazemi, die infolge eines Schlags auf den Kopf beim Verhör in einem Teheraner Krankenhaus starb (s. IR 8-03), ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ hat in einem offenen Brief die fünfzehn Außenminister der Europäischen Union aufgefordert, auf die Islamische Republik Druck auszuüben, um die Bildung einer unabhängigen Kommission zur Aufklärung des Mordes an Zahra Kazemi durchzusetzen.

Einige Mitglieder der Reformfraktion haben öffentlich erklärt, dass die Justiz, namentlich der Teheraner Staatsanwalt Said Mortazawi, für den Mord verantwortlich sei. Der Staatsanwalt hatte zunächst den Mord zu vertu-

schen versucht und den Staatssekretär im Kultusministerium, der für die Vergabe von Akkreditierungen an ausländische Journalisten verantwortlich ist, unter Haftandrohung gezwungen, zu erklären, dass die Fotoreporterin in Folge eines Schlaganfalls gestorben sei. Der Abgeordnete Mohsen Armin sagte, Zahra Kazemi hätte schon während ihrer Untersuchungshaft über die Schläge geklagt. Die Abgeordnete Elahe Kulai meinte, „die politische Zensur und die Unterdrückung der Pressefreiheit haben den Boden für den Mord bereitet.“

Demgegenüber erklärte der Sprecher der Justiz, Gholamhossein Elham, die Schuld liege nicht bei der Justiz, sondern bei einzelnen Beamten. Diese würden zur Verantwortung gezogen. Tatsächlich gab die Staatsanwaltschaft wenige Tage später bekannt, dass gegen zwei Personen im Zusammenhang mit dem Tod der Fotoreporterin Haftbefehl erlassen worden sei. Diese seien Angestellte des Informationsministeriums.

Die Erklärung löste beim Informationsministerium eine heftige Reaktion aus. In einer öffentlichen Erwiderung des Ministeriums heißt es: „Der Tod von Zahra Kazemi hat absolut nichts mit dem Informationsministerium zu tun.“ Das Ministerium habe der Justiz ausreichende Informationen über die Vorgänge, die in Zusammenhang mit dem Tod der Journalistin stehen, zur Verfügung gestellt. Sollte die Justiz sich weigern, die Öffentlichkeit über die genauen Vorgänge zu informieren, werde das Informationsministerium alle Details preisgeben. „Die Wahrheit zu finden ist in diesem Fall nicht schwer“, heißt es in der Erklärung. Das Informationsministerium werde die Bevölkerung über die Vorgänge in Kenntnis setzen.

Unterdessen hat Mohsen Armin, Mitglied der Reformfraktion, in einer Rede vor dem Parlament einige Geheimnisse preisgegeben. Demnach hat das Informationsministerium bei seinen Ermittlungen sowohl den Täter und die Beteiligten, als auch sämtliche Zeugen vernommen. Kurz vor der vollständigen Aufklärung des Falls wurden die Ermittlungen auf Anweisung eines Richters gestoppt. Die Zeugen wurden in einem verschlossenen Raum zwei Tage lang von der Außenwelt isoliert. Man hat versucht, sie davon zu überzeugen, dass sie ihre Aussagen zurück nehmen müssten. Sie erklärten sich schließlich

dazu bereit. Dann wurden sie dem Richter vorgeführt. Ihm gegenüber erklären sie, dass sie falsch ausgesagt hätten und ihre Zeugenaussagen widerrufen wollten. Der ganze Vorgang wurde auf Video aufgenommen.

Wie Armin weiter berichtete, wandte sich der Richter in einem Schreiben an das Gesundheitsministerium, in dem er die Wiederaufnahme der Untersuchungen kritisierte und deren Einstellung forderte. Beamte des Informationsministeriums wurden angewiesen zu behaupten, dass Zahra Kazemi Spionin gewesen sei. Staatsanwalt Mortazawi habe die Beamten als aufrechte Gläubige gelobt, sie sollten bezeugen, dass die Fotoreporterin gestolpert sei und sich dabei den Kopf verletzt habe. Sämtliche Gefängniswärter, die Zeuge der Folterungen waren, seien versetzt worden.

Nach den Ermittlungen des Informationsministeriums habe Justizchef Ayatollah Schahrudi Eingeweihten gegenüber erklärt, es sei nicht im Interesse des Staates, dass die Justiz in Verruf gerate. Da alle Organe Teile des Staates seien, könne man statt der Justiz Beamte des Informationsministeriums für den Mord verantwortlich machen. Eine Schwächung der Justiz könne nur den Feinden des Gottesstaates dienen.

Armin bezeichnete diese Vertuschungsversuche als verwerflich. „Sollten die Ermittlungen zu keinem Ergebnis führen und statt der Wahrheitsfindung zur Deckung der Täter und Auftraggeber dienen, werde ich der Öffentlichkeit die Wahrheit mitteilen“, sagte er.

### **Über eine Million Frauen bleiben ohne Ehemann**

Der „Nationale Verein iranischer Jugend“ legte Mitte August das Ergebnis einer Studie über die Zukunft der Jugendlichen vor. Demnach werden 1,25 Millionen Frauen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren ohne Ehemänner bleiben. Zurzeit leben in Iran 6,2 Millionen Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren, während die Zahl der Männer zwischen 25 und 34 Jahren bei 4,8 Millionen liegt. Da Männer eher dazu neigen, jüngere Frauen zu heiraten, werden nach Einschätzung der Forscher rund 1,25 Millionen Frauen unverheiratet bleiben.

Nimmt man noch unverheiratete Frauen hinzu, die älter als 30 Jahre sind, kommt man auf eine Zahl von über sieben Millionen. Das ist für ein Land, in dem die gesellschaftlichen Rechte der Frauen stark eingeschränkt sind und deren Status in der Regel durch die Position ihrer Ehemänner bestimmt wird, besorgniserregend. Gewöhnlich werden Frauen, die älter als 25 und noch nicht verheiratet sind, als Versagerinnen und minderwertig betrachtet.

Die Autoren der Studie führen die ungewöhnlich hohe Differenz zwischen der Zahl der Männer und Frauen auf den achtjährigen Krieg zwischen Iran und Irak zurück, bei dem mehrere Hunderttausend Kinder und Jugendliche ums Leben kamen. Hinzu kam, dass der Krieg viele junge Männer zur Flucht ins Ausland getrieben hat. Bereits die Revolution und die Machtübernahme der Islamisten hatten viele Jugendliche dazu bewogen, das Land zu verlassen.

Auch bestehende Ehen scheinen an Stabilität zu verlieren. Laut vorliegenden Statistiken ist die Scheidungsrate 2002 im Vergleich zum Jahr davor um 13,73 gestiegen. Das ist die höchste Rate, die es in den letzten Jahren gegeben hat. Nach Meinung der Experten ist dieser negative Trend auf wirtschaftliche und kulturelle Probleme zurück zu führen und auf den Umstand, dass Ehepartner keine Gelegenheit haben, sich vor der Heirat kennen zu lernen. Ein wichtiger Grund ist auch, dass Bildung und Selbstbewusstsein der Frauen, trotz Unterdrückung und minderer Rechte, zugenommen haben. An den iranischen Universitäten gibt es mehr Studentinnen als Studenten. Das führt in einer Gesellschaft, in der Männer eindeutig dominant sind, oft zu unüberbrückbaren Ehekonflikten.

### **Wächterrat lehnt Unterzeichnung von zwei UN-Konventionen ab**

Der von islamistischen Konservativen beherrschte Wächterrat, dessen Zustimmung jedes vom Parlament verabschiedete Gesetz bedarf, hat die von der Volksvertretung beschlossene Unterzeichnung der UN-Konvention zur Abschaffung jeglicher Form der Diskriminierung von Frauen abgelehnt. Dem Beschluss des Parlaments waren heftige Debatten vorausgegangen. Die Konservativen, die im Parlament die Minderheitenfraktion stellen, waren der An-

sicht, dass sich die Konvention in weiten Teilen gegen das islamische Recht, wie etwa gegen Erbrecht und Sorgerecht, richte. Dennoch wurde die Unterzeichnung unter dem Jubel der weiblichen Abgeordneten beschlossen. Als Dank luden die Frauen sogar ihre männlichen Kollegen zum Essen ein. Aber schon da warnte ein Journalist die Männer: „Sie werden das Essen zurückzahlen müssen, denn der Wächterrat wird den Beschluss ablehnen.“

Die Parlamentsentscheidung hatte schon vor der Ablehnung durch den Wächterrat unter den Konservativen heftige Proteste hervorgerufen. Einige Ayatollahs und ihre Schüler in der heiligen Stadt Ghom bezeichneten den Beschluss als Verstoß gegen die „göttlichen Werte des Islam“. Ali Darabi, der Stellvertretende Vorsitzende der einflussreichen Jamiate Issargarane Enghelabe Es-lami (Gemeinschaft der Opferbereiten der islamischen Revolution), meinte, die Konvention basiere auf Liberalismus, Laizismus und dem westlichen Materialismus. Die Zustimmung zu der Konvention sei gleichzusetzen mit einem Verzicht auf göttliche Gesetze. „Die Würde des Islam veranlasst uns, laut zu schreien, dass keine Idee höher ist als der Islam. Der Islam ist der beste Garant der Frauenrechte“, sagte er.

Demgegenüber verteidigten die Reformer den Parlamentsbeschluss. Die Anwältin und Frauenrechtlerin Shirin Ebadi meinte in einem Interview mit der Arbeiteragentur ILNA, die Ablehnung der UN-Konvention könne nicht mit dem Hinweis auf die Grundsätze des Islam begründet werden. „Es ist die herrschende patriarchale Kultur, die sich in den bestehenden Gesetzen niederschlägt und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern verhindert. Der Islam ist nur ein Vorwand“, sagte sie. „Die Hälfte der iranischen Bevölkerung sind Frauen. Frauen machen 63 Prozent unserer Studentenschaft aus. Warum soll das Blutgeld (Zahlung an die Familie eines Ermordeten) einer Frau halb so hoch sein wie das eines Mannes. Warum kann der Mann seine Frau ohne jegliche Begründung verstoßen, wann immer er will und warum bleibt nach der Scheidung das Sorgerecht bei Vätern?“ All dies habe mit dem Islam wenig gemein, sagte Ebadi. Der Islam sei die Religion der Gleichberechtigung.

Der Wächterrat begründete sein Votum damit, dass Artikel 28 der Konvention

jeglichen Zusatz, der den Grundsätzen sowie dem Geist der Konvention widerspricht, ablehnt. Dies würde bedeuten, dass man im Falle der Unterzeichnung die Konvention höher bewerten müsste als das islamische Recht, was für einen islamischen Staat unakzeptabel sei. Gleichzeitig mit der Konvention zur Gleichberechtigung lehnte der Wächterrat auch den Beschluss des Parlaments, die UN-Konvention gegen jegliche Form der Folter zu unterzeichnen, ab.

### **Freitagsprediger: Das Recht der Frau beruht auf Liebe, Treue und Mitgefühl**

Die Diskussion über die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Diskriminierung von Frauen hat den bekannten Freitagsprediger Emami Kaschani zu bemerkenswerten Äußerungen über die Stellung der Frau in einer islamischen Gesellschaft veranlasst. „Der Westen“, sagte er „reduziert bedauerlicherweise die Menschen auf das Physische und selbst dafür hat er keine richtige Definition. Aus dieser Unkenntnis entstehen solche Stellungnahmen. Die Amerikaner werfen uns vor, dass wir den Frauen verbieten, sich so kleiden, wie sie wollen. Genau das ist der Inhalt der Konvention.“

Nach dieser Einführung kam der Prediger auf die Familie zu sprechen. Die Familie müsse gewisse Grundsätze beachten, sagte er. Die Rolle der Frau bestehe darin, Kinder zu gebären und sie zu erziehen. Der Mann müsse arbeiten, Geld verdienen und für den Lebensunterhalt sorgen. „Die Frau darf nicht Tag und Nacht arbeiten. Sie muss wie eine Blume Freude spenden. Es ist gegen die Natur, wenn Frauen wie Männer arbeiten. Die Frau muss ihre Frische bewahren und die Sorge um den Lebensunterhalt dem Mann überlassen. Die Frau genießt eine hohe Stellung. Sie wird niemals das Gefühl haben, diskriminiert zu werden. Das Recht der Frau beruht auf Liebe, Treue und Mitgefühl.“

Mit der UN-Konvention werde im Namen der Gleichberechtigung gegen die Menschlichkeit, gegen das Recht der Frauen und Männer verstoßen. Die Konvention zerstöre die Familie, sagte Emami Kaschani.

Die Abgeordnete Elahe Kulai bezeichnete solche Stellungnahmen als „schockierend und äußerst gefährlich“. Der



Prediger ignoriere die Realitäten und übersehe, dass heute in Iran hunderttausende von Frauen alleine ihre Familien ernähren müssen und ebenso viele verheiratete Frauen neben ihren Männern arbeiten müssen, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Politiker und geistliche Würdenträger sollten sich statt Verschwörungstheorien zu lancieren lieber mit den Realitäten auseinandersetzen. Die Ablehnung der UN-Konvention gegen Diskriminierung von Frauen zeige, dass bestimmte Kreise den Wandel der Zeiten nicht registriert haben, sagte Kulai.

### **1. Nationaler Jugendkongress mit 850 NGO's in Teheran**

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Iran“ nahmen an dem ersten Kongress der Jugend in Teheran 850 NGO's teil. Im Vorfeld des Kongresses erklärte Amuzadeh Khalili, Sprecher der „Organisation Iranischer Jugend“: „Die Stärkung der NGO's sichert die Teilnahme der Jugend bei der Bewältigung kultureller und sozialer Probleme unseres Landes. Die NGO's sind in der Lage, Erfolge mit geringen Aufwand zu erzielen. Wenn wir diesen Organisationen genügend Vertrauen schenken, werden sie wichtige Beiträge zur Entwicklung unserer Gesellschaft leisten.“

Insgesamt seien zurzeit in Iran 1100 NGO's registriert, weitere 2600 hätten die Registrierung beantragt, sagte Khalili. 38 Prozent der NGO's seien im wissenschaftlichen Bereich tätig, 37 Prozent im Bereich der Kunst und Kultur, 16 Prozent beschäftigen sich mit sozialen Problemen und neun Prozent mit Fragen der Umwelt. 53 Prozent der Mitglieder hätten ein abgeschlossenes Studium, 40 Prozent Abitur und sieben Prozent noch keinen Schulabschluss.

Das wichtigste Problem der NGO's bestehe darin, dass sie bei staatlichen Behörden und Ämtern keine Akzeptanz und kein Vertrauen genießen. Für die NGO's sei es auch nicht einfach, die staatliche Erlaubnis zu erlangen und sich offiziell registrieren zu lassen. Außerdem seien die inneren Strukturen der Organisationen oft unstabil, was nicht selten zur Auflösung führe.

„Um diese Mängel zu beseitigen“, sagte Khalili, „müssen die Gesetze und Bestimmungen überarbeitet werden. Zu diesem Zweck führen wir Verhandlungen mit der Regierung und dem Parlament.“

Mit dem erstmalig stattfindenden Kongress werde versucht, für die NGO's Richtlinien auszuarbeiten und die Öffentlichkeit mit den Aktivitäten der Gruppen bekannt zu machen.

Zu Beginn des Kongresses hielt Präsident Chatami eine Rede. Er versuchte die allgemein unter der Jugend herrschende Unzufriedenheit und Ungeduld darüber, dass die Reformbewegung ins Stocken geraten ist, zu beschwichtigen. „Noch brennen in unserem Herzen die Flammen der Hoffnung“, sagte er. „Unter den gegebenen Umständen gibt es keinen anderen Ausweg als der Vernunft zu gehorchen und Geduld aufzubringen. Nur so können wir zum Ziel gelangen.“ „Das Reden fällt mir schwer. Ich weiß, ich habe Versprechungen abgegeben, die von der Bevölkerung begrüßt wurden. Aber sie wurden nicht eingelöst. Es gibt Probleme, die teilweise durch uns selbst erzeugt worden sind und teilweise von außen kommen. Ich weiß, dass diese Probleme unsere Gesellschaft auch psychologisch belasten. Aber aus Gründen, die ich nicht nennen kann, bin ich nicht in der Lage, über diese Probleme zu sprechen. Ich möchte keine Resignation erzeugen. Ich kann aber auch nicht reden, ohne auf die wirklichen Probleme einzugehen. Deshalb fällt mir das Reden in letzter Zeit so schwer.“

Der Staatspräsident hob die Bedeutung der Rolle der Jugend und der Frauen bei der Gestaltung einer freien und demokratischen Gesellschaft hervor und bezeichnete die NGO's als eine wichtige Brücke zwischen einer despotisch regierten und einer demokratischen Gesellschaft. Je mehr Menschen an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligt seien, desto sicherer und stabiler sei die Demokratie.

**II. Wirtschaft**
**Antrag Irans auf Aufnahme in die WTO zum dreizehnten Mal abgelehnt**

Esfandiar Omidbachschi, bevollmächtigter Verhandlungsführer Irans bei der Welthandelsorganisation (WTO), gab bekannt, dass die Behandlung des Aufnahmeantrags Irans zum 13. Mal durch ein Veto der USA vertagt worden ist. Gemäß der Satzung der WTO bedarf die Aufnahme eines neuen Mitglieds der Zustimmung aller Mitglieder. Wie wir berichtet haben (s. IR 8-03), hatte Omidbachschi vor der Tagung der WTO die Vermutung geäußert, dass die USA auch dieses Mal für die Vertagung des iranischen Aufnahmeantrags stimmen würden. Er vertritt die Meinung, dass die ablehnende Haltung der USA nicht wirtschaftlich, sondern politisch begründet ist.

**Telefongebühren drastisch gesenkt**

Das Ministerium für Post, Telegraf und Telefon gab bekannt, dass die Gebühren für Inlandsgespräche um 20 Prozent und für Auslandsgespräche um 50 Prozent reduziert worden seien. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Iran“ seien die neuen Gebühren ab 22. Mai 2003 gültig. Die drastische Preissenkung ist wohl darauf zurück zu führen, dass in letzter Zeit immer mehr Menschen die viel billigeren Internetverbindungen benutzen und die staatliche Telefongesellschaft Kunden verliert. Zurzeit existieren in Iran rund 11 Millionen Festnetzverbindungen. Diese sollen kurzfristig auf 20 Millionen gesteigert werden.

**Dicke Luft über Teheran**

Jussef Hodjat, Leiter des Exekutivkomitees gegen die Teheraner Luftverschmutzung, sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur IRNA, sollte die Luftverschmutzung Teherans in dem bisherigen Tempo zunehmen, werde man im Winter die Luft kaum atmen können. Er bezeichnete die Luftverschmutzung in diesem Sommer als einmalig. Das sei auf die Witterungsverhältnisse zurückzuführen, die einen Abzug der schmutzigen Luft aus der Stadt verhindert hätten. Der Umstand, dass innerhalb der letzten sieben Monate 400.000 neue Fahrzeuge zugelassen worden seien, habe die Umwelt zusätzlich belastet. Somit sei die höchste Alarm-

stufe erreicht. Man müsse sich für den Winter etwas einfallen lassen.

**Irans Fahrzeuge werden internationalen ökologischen Normen angepasst**

Bis zum Jahr 2006 sollen Irans Fahrzeuge den internationalen ökologischen Normen angepasst werden. Dies teilte Said Mottassedi, Leiter des Umweltamtes, der Nachrichtenagentur IRNA mit. „Wir werden uns aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einhaltung internationaler Standards gemeinsam mit fortschrittlichen Ländern für den Kampf gegen die Verschmutzung der Umwelt rüsten,“ sagte er. Die bisherigen Versuche, die Fahrzeuge technisch zu überwachen, seien so gut wie gescheitert. Lediglich 20 Prozent der Fahrzeuge seien bisher geprüft worden. Mindestens zehn Prozent der iranischen Fahrzeuge müßten gänzlich aus dem Verkehr gezogen werden.

Die Verschmutzung der Umwelt werde aber nicht allein durch die Verkehrsdichte in den Städten und ökologisch schlecht gerüstete Fahrzeuge verursacht, sondern auch dadurch, dass das iranische Verkehrssystem unterentwickelt sei und die Menschen kein Vertrauen in dieses System haben. Deshalb nutzten viele statt öffentlicher Verkehrsmittel lieber das eigene Auto.

Die Zahl der Autobesitzer liege in Teheran weit höher als in anderen Gegenden des Landes. So besitzen außerhalb Teherans von 1000 Personen nur 60, in Teheran hingegen 200 Personen ein eigenes Fahrzeug. Allerdings sei diese Zahl im Vergleich zu fortgeschrittenen Industrieländern noch sehr gering. Dort besitzen 700 von 1000 Menschen ein Auto.

**Hohe Subventionen für Textilindustrie**

Seit geraumer Zeit ist die Regierung bemüht, die Textilindustrie, die eine starke Rückentwicklung verzeichnet, zu reaktivieren. Zwar wurden in den letzten Jahren in dieser Branche mehrere hundert neue Werkstätten registriert. Dennoch ist der Trend insgesamt rückläufig. Nun kündigte Raschid Basiri, Vorsitzender des Verbands der Textilunternehmer an, dass die Regierung beschlossen habe, Mittel in Höhe von 500 Millionen Dollar zur Reaktivierung der Textilindustrie einzusetzen. Das Geld soll zum Ausbau von 47 der größten

Produktionsstätten dienen. Er äußerte die Ansicht, dass die Qualität iranischer Textilprodukte wesentlich besser sei als die aus dem Ausland, doch in Iran seien die Produktionskosten weit höher als in anderen Ländern. Zudem fehle hier die staatliche Unterstützung. Von den 450 Milliarden Dollar, die weltweit in der Textilindustrie investiert werden, betrage der Anteil Irans lediglich 320 Millionen Dollar, sagte Basiri. Laut Angabe des iranischen Zollamts stehen Textilwaren unter den geschmuggelten Gütern an erster Stelle.

#### **Staat verliert Kontrolle über Landflucht, Zahl verlassener Dörfer steigt**

Laut Angaben des Amtes für Statistik, die in der Tageszeitung Hamshahri veröffentlicht wurden, hat die starke Zunahme der Landflucht in Iran dazu geführt, dass der Staat die Kontrolle darüber verloren hat. Bereits seit Jahren gehört die Landflucht zu den unbewältigten Problemen des Landes. Die Statistiken zeigen, dass innerhalb der letzten 25 Jahren der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtbevölkerung um 30 Prozent, das heißt von 68 Prozent auf 38 Prozent gesunken ist. Im Durchschnitt ziehen im Jahr rund 283tausend Menschen vom Land in die Stadt. Da es sich dabei vorwiegend um junge Menschen handelt, verlieren die Dörfer ihre Arbeitskraft. Dieser Umstand hat dazu geführt, dass inzwischen die Zahl der verlassenen Dörfer auf 62tausend angestiegen ist.

Die Gründe für die Landflucht liegen in der hohen Arbeitslosigkeit, dem Mangel an sozialer Fürsorge und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten. Die Statistiken besagen, dass 38 Prozent der iranischen Dörfer arm und 12 Prozent sehr arm sind.

#### **Export in EU-Staaten geht zurück**

Der Export iranischer Produkte in die Staaten der Europäischen Union verzeichnet in den Monaten März bis Juni einen starken Rückgang. Nach Angaben des Zollamts exportierte Iran außer Erdöl Waren im Wert von 170 Millionen US-Dollar. Vor einem Jahr betrug der Warenwert im gleichen Zeitraum 185 Millionen US-Dollar.

Unter den EU-Staaten ist Deutschland nach wie vor der größte Abnehmer ira-

nischer Produkte (außer Öl), dagegen hat Finnland am wenigsten Waren aus Iran eingeführt.

Iran hat in den vier Monaten März bis Juni Waren im Wert von 2,8 Milliarden US-Dollar aus der EU eingeführt. Bei den Handelspartnern Irans steht auch hier Deutschland an erster und Griechenland an letzter Stelle.

#### **Iran veredelt mittelasiatisches Erdöl**

Das iranische Erdölministerium gab bekannt, dass die erste Phase der Vorbereitungen zum Verkauf des in den Staaten Mittelasiens produzierten Erdöls über Iran abgeschlossen sei und man die Transaktion bereits im September starten könne. Iran werde die entsprechende Menge Öl, die es von den Staaten Mittelasiens am Kaspischen Meer erhält, den Käufern am Persischen Golf übergeben. Reza Kasaizadeh, technischer Direktor der Nationalen Ölgesellschaft, erklärte gegenüber der studentischen Nachrichtenagentur ISNA: „Wir erhalten das Öl im Norden und werden die entsprechende Menge an die Kunden im Süden liefern. Für jede Tonne verkauften Öls erhalten wir rund sechzehn Dollar.“

Das Öl stammt aus Kaukasien, Turkmenistan, Aserbaidschan und Russland. In der ersten Phase soll die Ölmenge, die zum Verkauf angeboten wird, 120tausend Barrel pro Tag betragen. Nach Angaben von Kasaizadeh sind auch die Pläne für die zweite Phase, in der die Lieferung auf täglich 370tausend Barrel gesteigert werden soll, abgeschlossen. In der dritten Phase, für die nun die Pläne aufgenommen worden sind, soll das Angebot noch einmal auf 500tausend Barrel pro Tag gesteigert werden.

Kasaizadeh erklärte, die Leitungen vom Kaspischen Meer zu der Raffinerie in Teheran bzw. in Täbriz sind bereits gelegt. Gleichzeitig wurden in den beiden Raffinerien bestimmte technische Änderungen vorgenommen, um das gelieferte Rohöl bearbeiten zu können. „Wir hoffen, durch diese Transaktion jährlich rund 90 Millionen Dollar Gewinn erzielen zu können.“

#### **95 Prozent der Iraner: Arbeitslosigkeit ist größtes Problem des Landes**

Eine Umfrage des Kultusministeriums ergab, dass 95 Prozent der Bevölkerung

die Arbeitslosigkeit wichtiger einschätzen als die politischen Probleme. Dieselbe Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass 68 Prozent mit den Problemen des Alltags beschäftigt sind und sich nicht für politische Fragen interessieren. Nur 32 Prozent gaben an, sich für politische Fragen zu interessieren. 74 Prozent vertreten die Meinung, dass die iranische Gesellschaft moralisch auf Abwegen geraten sei, 47 Prozent beklagen, dass der Religion zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet werde. 81 Prozent beschwerten sich über Betrügereien, Korruption und Diebstahl, 52 Prozent über Mangel an Sicherheit und 93 Prozent leiden unter dem Anstieg der Preise. Die Umfrage, die das Kultusministerium in mehreren Großstädten und Dorfgemeinden durchgeführt hat, wird nach Meinung politischer Beobachter nicht ohne Wirkung auf die Politik bleiben. Sie soll demnächst mit ausführlichen Kommentaren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

#### **Werbung um ausländische Investitionen zeigt wenig Erfolg**

Der internationale Kongress zur Werbung für ausländische Investitionen fand wie in den Vorjahren in Täbriz statt. Fereydu Khawand, Wirtschaftredakteur von „Radio Farda“ meinte in seinem Kommentar zum Kongress, die Bemühungen Irans um ausländische Investitionen seien bisher längst nicht so erfolgreich gewesen wie erwünscht. Zwar sei die im Zuge der islamischen Revolution entstandene ideologische Ablehnung jeglicher Auslandsinvestitionen abgelegt worden: Ranghöchste Vertreter der Islamischen Republik werben einstimmig dafür, ausländische Unternehmen für den iranischen Markt zu gewinnen. Selbst der konservative Revolutionsführer Ayatollah Chamenei habe die Bedeutung von ausländischen Investitionen für die Entwicklung des Landes hervorgehoben und Investoren nach Iran eingeladen. Aber trotz des guten Willens seien die Voraussetzungen noch längst nicht soweit gegeben, um Iran für ausländische Unternehmer genügend interessant zu machen.

Auf dem Kongress in Täbriz, der Mitte August stattfand, betonten ranghohe Amtsträger abermals die Notwendigkeit der Investitionen. Parlamentspräsident Mehdi Karrubi, Tahmaseb Mazaheri, Minister für Wirtschaft und Finanzen, sowie Ali Abdollahzadeh, Minister für Wohnungs- und Städtebau, erklärten ü-

bereinstimmend, dass Iran sowohl aufgrund seiner eigenen wirtschaftlichen Voraussetzungen als auch wegen seiner geographischen Lage für ausländische Investoren höchst interessant sei. Die Wirtschaftsreformen der letzten Jahre hätten die Lage für neue Aktivitäten begünstigt und die Risiken für Investitionen erheblich gemildert. Heute könne auf dem iranischen Markt wie in jeder dynamischen Gesellschaft ein freier Wettbewerb stattfinden.

Dieses Bild sei zu positiv, meint Khawand. Zwar habe sich Iran besonders in den letzten zwei Jahren bemüht, durch neue Initiativen den Markt für ausländische Investitionen zu öffnen. Das vom Parlament verabschiedete Gesetz zur Förderung ausländischer Investitionen, Sicherungsvorkehrungen für ausländisches Kapital, bestimmte bilaterale Wirtschaftsabkommen mit verschiedenen Ländern und eine umfassende Reform der Zollbestimmungen hätten tatsächlich die Lage verbessert. Dennoch hätten es alle diese Maßnahmen nicht vermocht, das Land aus seinem peripheren Dasein zu retten und für ausländische Unternehmer besonders interessant zu machen. Neben den immer noch bestehenden politischen und wirtschaftlichen Engpässen im Innern sei die internationale Atmosphäre für die Islamische Republik alles andere als günstig. Aufgrund des von den USA über Iran verhängten Wirtschaftsboykotts seien amerikanische Unternehmen ohnehin als Investoren ausgeschlossen. Aber auch die Beziehungen zu den Staaten der Europäischen Union hätten sich gerade in den letzten Monaten verschlechtert. Selbst Japan sei wesentlich zurückhaltender geworden als in den Vorjahren. Die Lage werde sich nicht ändern, solange die Reformen blockiert und eine politische Stabilität nicht erreicht worden ist, resümiert Khawand.

### III. Außenpolitik

#### USA senden neues TV-Programm für Iran

Kenneth Y. Tomlinson, Chairman des Broadcasting Board of Governors (BBG) berichtete, die US-Sendeanstalt Voice of America (VOA) habe ein neues Fernsehprogramm für Iran gestartet. Es heißt „News an Views“. Es sendet täglich eine halbe Stunde in persischer Sprache Nachrichten aus aller Welt und aus Iran. „Indem wir darüber berichten, was täglich in Iran geschieht, können wir dazu beitragen, den Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung in Iran voranzutreiben“, sagte Tomlinson. Das BBG beaufsichtigt alle nichtmilitärischen internationalen US-Sendeanstalten. „News an Views“ ist schon das dritte Programm von VOA für Iran. Bereits im vergangenen Jahr ging „Next Chapter“ on air, eine von MTV inspirierte Fernsehshow, die über den Lifestyle von jungen iranischen Amerikanern berichtet. „Roundtable With You“ ist eine 90-minütige Diskussionsendung, die wöchentlich gesendet wird.

Die wichtigste Rolle bei dem Versuch, das iranische Volk, vor allem Jugendliche zum Aufstand gegen das Regime in Teheran zu ermuntern, hat „Radio Farda“ (Radio Morgen) übernommen. Das Programm sendet rund um die Uhr Musik und Nachrichten und ist vorwiegend auf junge Menschen zugeschnitten. Das Programm, mit dem Ende 2002 begonnen wurde, ist in Iran sehr populär. „Radio Farda“ informiert weit besser als einheimische Sender über die politischen Ereignisse in Iran.

Diese Aktivitäten haben die Machthaber in Iran zu Gegenmaßnahmen veranlasst. Wie die New York Times berichtet, versucht Iran seit geraumer Zeit die Radio- und TV-Satelliten-Signale zu blockieren. Iran führe eine „systematische Kampagne, um die Wahrheit von seiner Bevölkerung fern zu halten“, sagte Tomlinson. Die Absicht der USA sei nicht, die Menschen in Iran gegen das Regime zu mobilisieren, betonte er. „Wir senden nicht, um die Leute zu einem Regimewechsel zu zwingen oder sie gegen die Religion aufzustacheln.“

#### Israel erwägt Anschlag auf iranische Atomanlagen

Wie die Washington Post berichtet, soll der israelische Ministerpräsident

Ariel Scharon während seines Besuchs Ende Juli in Washington mit Präsident Bush die Möglichkeit eines Präventivschlags gegen iranische Atomanlagen erörtert haben. Indes hat Iran Israel vor solche Überlegungen gewarnt. Ein Angriff werde schwerwiegende Konsequenzen haben, drohte Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi. Das „zionistische Regime“ werde „für einen solchen Fehler einen hohen Preis bezahlen“, sagte er auf einer Pressekonferenz in Teheran.

Iran baut seit 1995 mit Hilfe Russlands ein 6000-Megawatt-Kernkraftwerk in der südlichen Hafenstadt Bushehr am Persischen Golf. Weitere Atomanlagen werden im Landesinneren gebaut. Israel und die USA vermuten, dass Iran den Bau von Atombomben plant. Der israelische Geheimdienst sowie israelische Politiker haben mehrmals erklärt, dass sie die Islamische Republik Iran als größte Bedrohung für den Frieden im Nahen Osten betrachten. Politische Beobachter schließen daher nicht aus, dass Israel sich zu einem Präventivschlag gegen iranische Atomanlagen entschließen könnte.

#### Kontamination als Quelle für Uran-Spuren in einer Bodenprobe

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, dass Iran laut Angaben aus Diplomatenskreisen eine Kontamination als Ursache für hoch angereichertes Uran in einer Bodenprobe angegeben hat. Demnach macht Iran im Ausland gekaufte Maschinen für die von der Internationalen Atombehörde (IAEA) gefundenen Spuren von angereichertem Uran verantwortlich. Die Maschinen sollen Verunreinigungen hinterlassen haben. Diese Erklärung hielten auch Sachverständige für durchaus denkbar. Doch damit seien die Zweifel über das iranische Vorhaben noch längst nicht ausgeräumt.

„Wir können uns mit Ausreden nicht zufriedenen geben“, zitiert Reuters einen Diplomat. „Auf Iran muss zur Zusammenarbeit mit der IAEA Druck ausgeübt werden.“ Iran hatte zunächst einen am 18. Juli von Reuters veröffentlichten Bericht zurückgewiesen, nachdem die IAEA bei Bodenproben in der Nähe der Stadt Natans Spuren des Urans gefunden habe. Dort baut Teheran zwei Anreicherungsanlagen. Diplomaten hätten erklärt, Iran habe vermutlich Zentrifugen in den Anlagen getestet, ohne die Atombehörde zu benachrichtigen. Iran

hat diese Behauptung zurückgewiesen. Bekanntlich kann angereichertes Uran zum Bau von Atombomben benutzt werden.

Im September wird der Verwaltungsrat der IAEA über die jüngsten Inspektionen in Iran diskutieren. Die USA sind daran interessiert, dass die Behörde Irans Informationspolitik scharf kritisiert. Aufgrund dieser Kritik soll dann der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution gegen Iran verabschieden und dem Land mit Sanktionen drohen.

**Revolutionsführer Chamenei weist Forderungen nach Stopp von Atomprogramm zurück, Iran will Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag unterzeichnen**

Iranische Medien haben berichtet, dass die Außenminister von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Russland in der Frage der Atomenergiekontrolle Druck auf Iran ausüben. In einem dringenden Schreiben wurde Iran aufgefordert, die Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag, die der Internationalen Atombehörde (IAEA) erlauben, unangemeldet Inspektionen durchzuführen, zu unterzeichnen.

Für diesen zusätzlichen Druck machte Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei die USA verantwortlich. Ohne ausdrücklich auf das Schreiben einzugehen, wies er westliche Forderungen nach einem Stopp des iranischen Atomprogramms zurück. Wie die staatliche Nachrichtenagentur IRNA berichtet, sagte Chamenei vor iranischen Diplomaten in Teheran, das iranische Atomprogramm verfolge ausschließlich friedliche Ziele. Das Land habe nie die Absicht gehabt, Atombomben zu bauen.

Der Revolutionsführer bezeichnete die westlichen Forderungen als unbegründet und unfair. Er kritisierte die USA und meinte, Washington wolle alle Staaten der Erde dazu bringen, nach dem Willen der USA zu handeln. Jede Konzession an die USA, warnte er, sei strategisch ein schwerer Fehler.

Indes hat die iranische Regierung den Bau eines zweiten Reaktors im umstrittenen Atomkraftwerk Bushehr eingeleitet. Die Nachrichtenagentur IRNA berichtet, dass der Oberste Rat für Atomenergie die Erlaubnis für neue Vertragsabschlüsse für das Projekt erteilt habe. Der genaue Zeitpunkt für

den Bau wird jedoch nicht genannt. Der neue Reaktor soll über eine Kapazität von tausend Megawatt verfügen. Darüber hinaus seien Studien in Auftrag gegeben worden, um festzustellen, wie das Land bis zum Jahr 2020 eine Stromproduktion von 7000 Megawatt erzielen könne, meldet die Agentur. In Bushehr solle zusätzlich ein Teilchenbeschleuniger entwickelt werden.

Inzwischen sind die technischen Inspektionen der IAEA in Iran nahezu beendet. Die Behörde hatte am 9. Juli mit der iranischen Atomenergieorganisation die Entsendung von technischen Fachleuten und Rechtsexperten vereinbart. Der Leiter der Organisation, Gholam-Reza Aghazadeh, teilte der Presse mit, dass zu weiteren Überprüfungen keine Notwendigkeit bestehe. Die rechtliche Überprüfung sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Demgegenüber erklärte der Generaldirektor der IAEA, Mohammed el Baradei, die Inspektoren hätten in der Nuklearanlage Natanz „Spuren hoch angereicherten Urans“ gefunden, das zum Bau von Atombomben verwendet werden kann. Das Material sei an Gas-Ultra-Zentrifugen entdeckt worden, sagte el Baradei in einem Interview mit dem Hamburger Magazin „Stern“. „Dies beunruhigt uns sehr. Sollte sich herausstellen, dass Iran sein Atomprogramm nicht für friedliche Zwecke nutzt, könnte dies fürchterliche Folgen haben.“ Iran müsse alles offen legen, sagte der IAEA-Generalsekretär. Er warnte vor einem nuklearen Wettrüsten. „Atomwaffen sind begehrter denn je. Heute wird bereits ernsthaft darüber diskutiert, dass man Atomwaffen einsetzen kann. Auch Diktatoren wollen überleben.“ In dem Interview kritisierte el Baradei auch die USA, die mit der Forschung an so genannten „Mini-Atombomben“ faktisch den Atomsperrvertrag brechen. „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen“, sagte er. „Die US-Regierung verlangt von anderen Staaten, keine Atomwaffen zu besitzen. Andererseits perfektioniert man das eigene Arsenal. Ich glaube, es entspricht nicht dem Vertrag, den sie unterzeichnet haben.“

Nach letzten Meldungen scheint Iran der Meinung des Revolutionsführers zum Trotz im Konflikt mit der Internationalen Atombehörde zum Einlenken bereit zu sein. Gholam-Reza Azadegan sagte, er halte es für möglich, dass noch im August „ein positives Ergebnis“ auf dem Tisch liegen werde. Die Verhandlungen mit der IAEA seien gut verlau-

fen. Iran werde „die internationalen Bedenken“ vermutlich ausräumen können und erwarte im Gegenzug, dass sich auch die Weltgemeinschaft an ihre Verpflichtungen halte. Eine ähnliche Erklärung soll laut IRNA der Vertreter Irans in einem Gespräch mit el Baradei in Wien abgegeben haben. Die IAEA will am 8. September erneut über das iranische Atomprogramm beraten.

Inzwischen hat Irans Atombehörde die Europäische Union um Unterstützung in der Debatte über sein umstrittenes Atomprogramm gebeten. „Wir haben Vertreter der EU gebeten, einer Politisierung der nuklearen Aktivitäten Irans vorzubeugen, damit die Internationale Atomenergiebehörde ihre Arbeit in einer ruhigen Atmosphäre ohne Propaganda fortsetzen kann“, sagte Gholam-Reza Azadegan in einem Interview mit IRNA.

Der Koordinator der EU-Außenpolitik, Javier Solana, hatte Ende August während seines Besuchs in Teheran abermals die iranische Regierung aufgefordert, die Zusatzprotokolle zum Atomsperrvertrag zu unterzeichnen. Ihm gegenüber wies Präsident Chatami jegliches Streben seines Landes nach Atomwaffen entschieden zurück. „Wir versichern, dass Nuklearwaffen in der iranischen Verteidigungsstrategie keinen Platz haben“, sagte er. Schon vom islamischen Standpunkt her betrachte Iran Massenvernichtungswaffen als „moralisch verwerflich“.

Auch Außenminister Charrasi bestritt, dass Iran die Herstellung von Atomwaffen beabsichtige. „Niemand hat das Recht, voreilige Schlüsse zu ziehen, bevor die IAEA ihr Urteil abgegeben hat“, betonte der Minister. Zugleich bekräftigte er die Bereitschaft seines Landes, die zusätzlichen Protokolle zu unterzeichnen.

#### **Argentinische Justiz erlässt Haftbefehl gegen iranische Diplomaten, Iran bricht wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu Argentinien ab**

Die argentinische Justiz hat wegen des Bombenanschlags auf ein jüdisches Zentrum in Buenos Aires im Juli 1994, bei dem 85 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt wurden, gegen den früheren Botschafter Irans und sieben weitere Diplomaten internationale Haftbefehle erlassen. Bereits 1992 waren bei der Explosion einer Autobombe

vor der israelischen Botschaft 29 Menschen ums Leben gekommen. In Argentinien leben nach Schätzungen des World Jewish Congress rund 230.000 Juden. Dies ist die größte jüdische Gemeinschaft in Lateinamerika.

Bundesrichter Juan José Galeano erklärte, dass auch die Rolle des iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei, die des Ex-Staatspräsidenten Ali Akbar Rafsandjani sowie die Rolle des Ex-Geheimdienstchefs Ali Fallahian bei dem Anschlag noch geklärt werden müssen. Er betonte zugleich, Teheran verweigere die volle Zusammenarbeit mit den argentinischen Behörden und behindere damit die Aufklärung des Verbrechens.

Es ist nicht das erste Mal, dass die argentinische Justiz wegen des Verbrechens von 1994 gegen iranische Diplomaten vorgeht. Zuletzt war im Dezember vergangenen Jahres ein Haftbefehl gegen vier iranische Diplomaten erlassen worden, was die Beziehung zwischen Teheran und Buenos Aires schwer belastete. Doch auch dieses Mal wurde die Angelegenheit hinter den Kulissen bereinigt. Die New York Times berichtete damals, Iran habe den damaligen Staatspräsidenten Carlos Menem mit zehn Millionen Dollar bestochen, damit der Fall zu den Akten gelegt wird. Nach dem Machtwechsel hat nun Präsident Nestor Kreschner die Justiz erneut beauftragt, sich den Fall vorzunehmen. Ein neuer Prozess begann im Juni dieses Jahres.

Die iranische Regierung hat die neuen Haftbefehle als unbegründet zurückgewiesen. Die Maßnahmen seien politisch motiviert, die argentinische Justiz handle auf israelischen Befehl, so Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi zur staatlichen Nachrichtenagentur IRNA.

Inzwischen wurde der frühere iranische Botschafter in Argentinien, Hadi Sopleimanpur, in England festgenommen. Wie Scotland Yard am 22. August bestätigte, wurde der mit internationalem Haftbefehl gesuchte 47-Jährige im nordenglischen Durham gefasst. Dort war er als Student am Institut für Islamische Studien eingeschrieben. Presseberichten zufolge wird London bald über das Auslieferungsbegehren Argentiniens entscheiden.

Die iranische Führung hat gegen die Festnahme scharf protestiert und die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu

Argentinien abgebrochen. „Wir werden uns der argentinischen Regierung entschlossen und mit Nachdruck entgegenstellen, weil die grundlosen Anschuldigungen rein politisch motiviert sind und nur das Ziel verfolgen, Iran weiter unter Druck zu setzen“, sagte Präsident Mohammad Chatami. Er verlangte sowohl von Argentinien als auch von Großbritannien eine Entschuldigung.

Die reformierte Zeitung „Hambastegi“ kommentierte, neben Buenos Aires habe auch London seine Glaubwürdigkeit verloren und könne nicht länger als Partner angesehen werden. Die konservative Zeitung Kayhan verlangte die Ausweisung des britischen Botschafters.

Ex-Diplomat Soleilampur hatte bei seiner ersten richterlichen Vernehmung zu dem gegen ihn erhobenen Vorwürfen keine Angaben gemacht. Laut Scotland-Yard-Ermittler Keith Richardson hatte er bei seiner Festnahme die Vorwürfe als „falsch“ zurückgewiesen. Sein Anwalt, Michel Massih, sprach von einer „politischen Hetzkampagne“ gegen seinen Mandanten. Die argentinischen Behörden wollten „alte Rechnungen begleichen“, sagte er. Wenn Soleimanpur wirklich schuldig wäre, hätte er nicht gewartet, „bis die Polizei an seine Tür klopft“, sagte der Anwalt.

Nach letzten Meldungen wurde der iranische Botschafter in London, Morteza Sarmadi, zu Konsultationen nach Teheran beordert. Wie aus London verlautete, werde diese Maßnahme jedoch nicht als Beeinträchtigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufgefasst. In den letzten Tagen haben mehrere hundert Studenten vor der britischen Botschaft demonstriert. Reuters meldete am 3. September, in Teheran seien auf die britische Botschaft Schüsse abgefeuert worden. Dabei sei jedoch niemand verletzt worden. Botschaftsangehörige hätten berichtet, bis zu sechs Kugeln hätten die Fenster des Botschaftsgebäudes getroffen. Es sei nicht klar, wer geschossen habe.

Augenzeugen hätten ein Motorrad vorbeifahren sehen, sagte ein Ladenbesitzer in der Nähe der Botschaft. Das iranische Außenministerium hat mitgeteilt, dass nach den Schüssen die Sicherheitsvorkehrungen rings um das Botschaftsgebäude verschärft worden seien. „Nun ist die Lage unter Kontrolle, und der unverantwortliche Vorfall wird von zuständigen Behörden untersucht“, sagte dazu ein Sprecher des

Außenministeriums. Nach dem Angriff wurde die Botschaft geschlossen.

#### **Iran lieferte El-Quaida-Mitglieder an Saudi-Arabien aus**

Die iranische Regierung gab bekannt, dass sie mehrere der festgenommenen Mitglieder des Terrornetzwerks El-Quaida an Saudi-Arabien ausgeliefert habe. Laut staatlicher Nachrichtenagentur IRNA erklärte der iranische Botschafter in Riad, Ali Asghar Chadschi, die ausgelieferten El-Quaida-Mitglieder hätten die saudi-arabische Staatsangehörigkeit und seien deshalb an Riad ausgeliefert worden.

Die Deutsche Presseagentur, dpa, berichtete, dass unbestätigten Meldungen zufolge dem saudischen Außenministers Prinz Saud el Faisal im Juni in Teheran 40 verdächtige Terroristen übergeben worden seien.

Iran hatte im vergangenen Monat die Festnahme von rund 500 wichtigen und weniger wichtigen Al-Quaida-Mitgliedern bekannt gegeben und erklärt, jene Mitglieder, deren Staatsangehörigkeit festgestellt werden können, würden an die betreffenden Länder ausgeliefert. Der saudische Innenminister Prinz Naif Inb Adelasia sagte Anfang Juli, beide Länder verhandelten über die Auslieferung von mutmaßlichen Mitgliedern der Terrororganisation.

Saudische Medien äußerten die Vermutung, dass sich unter den in Iran festgenommenen El-Quaida-Mitgliedern mindestens einer der Söhne von Osama Bin Laden befinde. Auch Bin Ladens Stellvertreter, Eiman el Sawahiri, der El-Quaida-Sprecher, Suleiman Abu Gheith, sowie der mutmaßliche El-Quaida-Kommandeur Abu Mussab el Sarkawi sollen unbestätigten Berichten zufolge in iranischer Haft sitzen. Sawahiri ist allerdings Ägypter, Abu Gheith stammt aus Kuwait und Sarkawi ist Jordanier.

Die iranische Regierung hat Berichte, wonach sie mit den USA im Geheimen über einen Austausch von inhaftierten El-Quaida-Mitgliedern gegen Mitglieder der iranischen Oppositionsgruppe der Volksmodjahedin verhandeln soll, dementiert. Trotzdem ist dieser Verdacht nicht ganz abwegig. Immerhin hat Washington den politischen Arm der Volksmodjahedin, dem „Nationalen Widerstandsrat“ jede Aktivität in den



USA untersagt. Das US-Außenministerium hat den Widerstandsrat als terroristisch bezeichnet. Die Büros der Volksmodjahedin bzw. des Nationalen Widerstandsrates wurden geschlossen und ihre Bankguthaben gesperrt.

Iran begrüßte das Verbot. Dies sei ein positiver Schritt, der in Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der USA stehe, sagte Außenminister Kamal Charrasi.

#### **Iraner in Berlin wegen Agententätigkeit angeklagt**

Ein 65-jähriger Iraner muss sich vor einem Berliner Gericht verantworten, weil er in Deutschland jahrelang eigene Landsleute ausspioniert hatte. Der Angeklagte ist Rentner und besitzt sowohl die deutsche als auch die iranische Staatsbürgerschaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, von 1991 bis 2002 den iranischen Geheimdienst VEVAK über Aktivitäten der Auslandopposition informiert zu haben.

Der Angeklagte, der seit Mitte Juni in Untersuchungshaft sitzt, hat bereits vor dem Berliner Kammergericht die meisten Vorwürfe akzeptiert. Er gab zu, an Sitzungen und Versammlungen der Monarchisten teilgenommen zu haben. „Wichtig und richtig ist, dass ich das getan habe, was mir hier vorgeworfen wird“, sagte er. Er habe jedoch nicht bis 2002, sondern bis 1998 spioniert. Dann sei er aufgefliegen und habe damit seine Tätigkeit eingestellt. Sein Agentenlohn habe 5.000 Euro betragen. Der iranische Geheimdienst habe ihn unter Androhung, seine in Iran lebenden Eltern und Verwandten würden „Probleme“ bekommen, zu der Spitzeltätigkeit gezwungen.

Laut Anklage hat der Beschuldigte auch bei ehemaligen Mitgliedern des Schah-Geheimdienstes SAVAK spioniert. Er sei in Berlin, Frankfurt am Main, Hannover und Gießen tätig gewesen und hätte ein bis zweimal im Monat seinem Führungsoffizier schriftlich Bericht erstattet. Er sei mehrmals, unter anderem im November 1991 und März 1998 zu einem Treffen mit Geheimdienstlern nach Teheran gereist.

Der gelernte Kaufmann und Vater zweier Kinder arbeitete seit 1986 bei einer Großbankfiliale in Berlin. Nach eigenen Angaben war er zwischen 1975 und Februar 1997, dem Jahr der Revolution,

als Vizekonsul der iranischen Botschaft in Berlin tätig. Dabei habe er Informationen über iranische Oppositionelle gesammelt und auch Kontakte zum deutschen Verfassungsschutz gehabt.